

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Kauzelpreis: 50 Pf. für die dreigespalt. Zeitspalt. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

1932. Wirtschaft, Politik, Sozialpolitik.

Das Wirtschaftsjahr 1932 konnte nicht anders sein als letzte „Wirtschaftsjahr“. „Wie der Herr, so's G'sherr!“ 1931 kamen die Hauptspitzbuben an das Licht der Öffentlichkeit, d. h. vor das Gericht, 1932 kamen viele Nachzügler. Wenn es sich im letzten Jahre in den strafrechtlich verfolgten Einzelfällen auch nicht mehr um Hunderte von verurteilten Millionen handelte, so doch immer noch um Millionen. Unsere herrschende Schicht ist ziemlich angefault, eine Erschelung wie sie bei den römischen Patriziern zu verzeichnen war, als sie vor ihrem Niedergang standen. Eine unersättliche Herrenschicht kann nicht mehr führend sein, denn sie zerstört durch ihre Unersättlichkeit die Grundpfeiler der ganzen Wirtschaft. Statt ihre gewohnte Lebensweise einzuschränken, verbraucht sie noch die Volkskraft. (Siehe Papensche Milliardengeschenke.) Diesbezüglich stehen in der kapitalistischen Welt — die Besitzenden Deutschlands an der Spitze.

Um das kapitalistische Wirtschaftssystem (also auch „System“, Herr Hitler und Herr Papen!) zu retten, griffen die kapitalistischen Regierungen zu den sonderbarsten Methoden außenpolitischer Putscherei. Autarkie heißt das Ding. Als ob man Autarkie erst künstlich machen müßte nach vier Kriegsjahren, während deren alle Agrarländer ihre eigene Industrie entwickelt haben. Und wir als Industriestaat leisten dieser zwangswise Entwicklung noch Vorschub, um unsere Ausfuhr noch mehr zu droffeln. Das heißt, wir schlagen uns selbst tot. Ist etwa unser Außenhandel nicht schon weit genug zurückgegangen? Sehen wir uns einmal die Zahlen an:

Deutscher Außenhandel seit 1925 (reiner Warenverkehr)

Jahr	in Millionen Mark		
	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamtumsatz
1925	12 362	9 291	21 653
1926	10 002	10 415	20 417
1927	14 228	10 801	25 029
1928	14 001	12 276	26 277
1929	13 447	13 493	26 940
1930	10 398	12 036	22 434
1931	6 727	9 599	16 326
1932*	4 620	5 700	10 320

Unser Außenhandel im Jahre 1932 betrug also noch 38,32 Prozent gegen 1929. Gewiß ist der Außenhandel in fast allen Staaten der Welt zurückgegangen. Aber die Frage ist: Ob angesichts dieser Tatsache ein Industriestaat wie Deutschland sich Autarkie leisten kann, lediglich im Interesse einer kleinen Schicht? Ob die Interessen von 65 Millionen Menschen zurückstehen müssen hinter den Interessen von 13 000 anmaßenden Großgrundbesitzern?

Darauf ist ja seit Papen unsere Innen- und Außenpolitik eingestellt. Die Liebesgabenpolitik im Interesse der Großgrundbesitzer ist natürlich nicht möglich ohne die Zustimmung der Industrievertreter. Diese hat sich Papen mit Hänchen und Würgen durch Milliardengeschenke gesichert. Die Industrieführer protestieren auf allen ihren Tagungen gegen die Subventionspolitik und stecken die Milliarden aus Lohnsteuern und Renten ein.

Wie fing der Unfug an? Um aus dem Vollen schöpfen zu können, galt es zunächst, zwei unbedequate Körperschaften zu beseitigen: die Reichsregierung Brüning und die Preußenregierung Braun. Nicht im offenen Kampf, nicht mit geistigen Mitteln konnte man den beiden beikommen. Auf Schlechwege haben die Interessenten Brüning's Stellung unterminiert. Seit Wilhelm dem Fahnenflüchtigen ist keine Regierung so schändlich zu Fall gebracht worden wie die Regierung Brüning. Nach dem Sturze Brüning's war der Weg frei. Der Herrenklub schickte seine beste geistige Kraft als Kanzler. Herr Papen fing an zu regieren, durch das Radio und vor Unternehmerversammlungen. Den in- und ausländischen Hellsichtigen standen die Haare zu Berge. Der Reichstag wurde heimgejagt, wenn auch nicht ohne Unfall, der folgende Reichstag desgleichen, weil das deutsche Volk immer noch nicht so wollte wie Papen. Dazwischen hatte dieser Kanzler Zeit, zu „wirken“. Notorische Verbrecher und Inhäler erhielten die Genehmigung, in Uniform auf der Straße zu erscheinen. Dann setzte das große Schlachten der Nazis ein. Die Länderregierungen protestierten gegen Papen's Regierungskunft. Und jetzt ging Papen auf sein Hauptziel los. Gegen Recht und Gesetz verstoßend jagte er durch Gewalt mit Hilfe der Reichswehr die „verfluchte Preußenregierung“ nach Hause. Die Spitze der Berliner Polizei wurde durch mit Handgranaten bewaffnete Reichswehr hinausgeworfen. Und seit dem Urteil des Staatsgerichtshofes hat Preußen zwei amtierende Regierungen. Alles was nach Sozialdemokrat oder Republikaner roch, wurde rausgeschmissen, und das geschieht heute noch.

Papen zertrümmerte dann die Sozialversicherung, zerschlug die Tarifverträge, und auf Kosten der Witwen und Waisen, der Erwerbslosen, überhaupt der Armen und Hungernden, schenkte er den Industriellen und den Großgrundbesitzern 2,2 Milliarden Mark. Damit hat er die Wirtschaft angekurzelt. Und als das Trümmersfeld groß genug war, mußte er gehen. Papen war nicht mehr zu halten, das haben auch schließlich jene einsehen müssen, die sich gegen diese ihre bessere Einsicht gestäubt haben. Noch ein Vierteljahr länger Papenregierung, und wir hätten in Deutschland die soziale Umwälzung, d. h. die Revolution gehabt als Papen's Werk. Durch das Abtreten Papen's von einem für ihn nicht passenden Platz ist diese Auseinandersetzung hinausgeschoben worden.

Was brachte uns die Ankerbelei Papen's? Nichts als Aufräumungsarbeiten. Die Arbeitslosigkeit ist nicht zurückgegangen, und wenn auch um den Bruchteil eines Prozentes, dann nicht infolge Papen's Kauskraftvernichtung. Die Arbeitslosigkeit bleibt riesengroß. So wie allgemein ist auch die Arbeitslosigkeit in unserem Verbandskaum nennenswert zurückgegangen. Wir glauben zunächst auch nicht an die „Talsohlen“-Prophezie des Konjunkturforschungsinstituts. Solche Prophezeiungen haben wir schon zu viele vernommen. Warten wir zunächst einmal das Frühjahr ab, nebenbei auch die Resultate des Arbeitsbeschäftigungskommissars!

Innerhalb unseres Verbandsgebietes haben sich Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wie folgt ausgemirkt:

Es waren arbeitslos in den Berufsgruppen

Monat	Chemie, Papier, Nahrungsmittel, Spielwaren und sonstige Industrien		Porzellan, Glas und Grobkeramik	
	1931	1932	1931	1932
Januar	32,7	42,6	47,3	60,6
Februar	32,0	43,7	47,4	61,3
März	32,7	42,7	46,6	60,2
April	31,0	41,1	42,8	56,5
Mai	29,1	40,6	39,0	52,8
Juni	28,1	38,9	38,1	52,3
Juli	29,4	40,1	39,8	53,3
August	31,9	39,5	44,2	53,7
September	33,9	39,5	46,8	53,8
Oktober	34,7	38,4	49,2	53,9
November	36,8	38,7	52,0	54,0
Dezember	40,1	—	57,9	—

In jedem Monat des Jahres 1932 ist die Zahl der Arbeitslosen viel höher als 1931. Das dürfte auch im Dezember zutreffen. Dasselbe ist im allgemeinen auch bei der Kurzarbeit der Fall, wie die folgende Tabelle zeigt:

Es arbeiteten kurz in den Berufsgruppen

Monat	Chemie, Papier, Nahrungsmittel, Spielwaren und sonstige Industrien		Porzellan, Glas und Grobkeramik	
	1931	1932	1931	1932
Januar	16,8	23,7	15,3	15,9
Februar	17,5	23,1	16,1	15,5
März	17,1	22,8	14,4	14,7
April	16,8	22,1	14,4	14,9
Mai	16,6	22,2	14,3	15,7
Juni	15,8	23,1	13,7	16,1
Juli	17,2	22,0	15,3	15,4
August	20,9	23,0	18,1	17,7
September	22,3	23,2	16,6	16,7
Oktober	22,2	22,7	14,8	15,5
November	21,0	21,9	13,6	13,6
Dezember	23,5	—	16,3	—

Können wir nun hoffen, daß es bald aufwärts geht mit unserer Wirtschaft? Ja, das könnten wir, wenn unsere Innen- und Außenpolitik in ruhigere Bahnen kämen. Besonders innenpolitisch müßte das gesunde Recht wiederhergestellt werden. In Preußen liegt es immer noch zertrümmert am Boden. Preußen ist vergewaltigt. Das soll Reichsreform sein. Die geistigen Waffen, womit sie eingeleitet wurde, heißen Gewalt, Waffengewalt. Gewalt, das ist das letzte Hilfsmittel des sterbenden Kapitalismus. Autarkie ist ein letzter Versuch, die kapitalistische Wirtschaft zu retten. Die bürgerliche Gesellschaft zerschlägt ihre eigenen Werke, ihr Recht, ihre Demokratie, sie hebt das Privateigentum auf, d. h. sie hat es schon größtenteils getan, und alles, was sie durch ihre Machsinstrumente unternimmt, muß sich gegen sie wenden: Kapitalanhäufung, Kapitalvernichtung, höchste Technik, Überkapazität, Ausschaltung der Konsumenten. Der Kapitalismus vermehrt seine Todfeinde, er muß es in dem Maße, wie er Existenzen vernichtet. Und wenn er sich heute mit Menschen verbindet, die er zu Verbrechern gemacht hat, alle diese wirtschaftlich Entwurzelten, diese keine von ihm bezahlten Heloten, sie werden gegen ihn kämpfen, weil sie müssen, trotz Hitler, den Geldvermittler an die Toffschläger. Keine noch so reaktionäre Regierung kann den Kapitalismus retten. Wir glauben nicht an eine Rettung des kapitalistischen

mus. Papen und Hitler beschleunigten den Entwicklungsprozeß vom Kapitalismus zum Sozialismus, obwohl sie den Kapitalismus retten wollten. Wir haben auch den Glauben an das Recht verloren. Und wenn der Reichskommissar für das Preußische Ministerium des Innern in einem Erlaß vom 21. Dezember 1932 mit der Durchführung der neuen Verordnungen des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens vom 19. Dezember 1932 herauskam, so warten wir immer noch auf den inneren Frieden zwischen Reich und Preußen. Immer noch haben wir in Preußen zwei Regierungen, immer noch ist Krieg zwischen Reich und Preußen. Wo es politisch und rechtlich aussieht, kann man keine wirtschaftliche Gesundung erwarten. Aber im übrigen: Wie ihr wollt, ihr Herren, wir sind dabei, ihr aber auch!

Neue Beitragsmarken für 1933.

Mit Schluß des vierten Quartals 1932 wurden die alten Beitragsmarken eingezogen. Ausgenommen hiervon sind jedoch die Lehrlings-, Erwerbslosen- und Invalidenmarken, weil diese eine Änderung nicht erfahren. Die neuen Marken enthalten außer der Wertzahl auch die Jahreszahl.

Nach dem 31. Dezember 1932 dürfen die seither in Umlauf befindlichen Marken zur Quittierung von Beiträgen nicht mehr verwandt werden, weder für evtl. Restbeiträge, noch für laufende Beiträge. Wir ersuchen unsere Mitglieder, in jedem Fall, in dem der Versuch gemacht wird, nach dem 31. Dezember 1932 zur Quittierung geleisteter Beiträge Marken vom Jahre 1932 zu verwenden, diese energisch zurückzuweisen und die neuen Marken mit der Jahreszahl 1933 zu verlangen.

Die Hilfskassierer werden gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß sie mit der letzten Abrechnung für das vierte Quartal 1932 alle Beitragsmarken mit Ausnahme der Lehrlings-, Erwerbslosen- und Invalidenmarken an den Zahlstellenkassierer abliefern müssen. Es dürfen keinerlei Bestände von den Marken im Werte von 35 Pf. bis einschl. 420 Pf. zurückbehalten werden, auch nicht mit der Motivierung, sie zur Quittierung von Restbeiträgen zu benutzen. Evtl. Restbeiträge müssen, wenn sie beglichen werden, mit den für 1933 bestimmten Beitragsmarken quittiert werden.

Die Zahlstellenverwaltungen werden ersucht, darauf zu achten, daß nach vorstehenden Anweisungen gehandelt wird. Der Vorstand.

Leipart an die Gewerkschaftsmitglieder.

Kolleginnen und Kollegen!

Als ich mich Ende September an Euch wandte, hatte die Regierung von Papen jene Notverordnungen erlassen, die einen unerhörten Eingriff in die Rechte der Arbeiterschaft bedeuteten. Der Bundesvorstand rief Euch zum Kampfe gegen diese Notverordnungen auf. Ihr seid diesem Kampf gefolgt. Wenn später die neue Regierung die drückendsten Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September zurücknehmen mußte, so ist das Eurer festen und entschlossenen Haltung zu verdanken. Die ganze deutsche Öffentlichkeit hat von neuem erkennen müssen, daß die Gewerkschaften Deutschlands den großen machtvollen Block bilden, durch den sich der Wille der Arbeiterschaft immer wieder durchzusetzen vermag.

Gerade deshalb aber bricht von allen Seiten eine Flut von Verleumdungen, Entstellungen und Verdächtigungen über die Gewerkschaften herein. Es sind Kräfte am Werk, die fortgesetzt neue Uneinigkeit in die Masse der organisierten Arbeiterschaft hineintragen wollen. Man wirft uns vor, daß wir mit dem Reichskanzler von Schleicher verhandelt haben. Man verdächtigt uns der Zusammenarbeit mit reaktionären Gruppen. Man glaubt, daß wir unser großes Ziel, die Verwirklichung einer sozialistischen Wirtschaft, aufgegeben haben.

Wer diese Meinung vertritt, der kennt nicht das Wesen und die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung. Mit der Sozialdemokratischen Partei, mit der wir seit Jahrzehnten zusammenarbeiten, sind wir uns darüber einig, daß das letzte Ziel der Arbeiterschaft die Verwirklichung des Sozialismus ist. Aber Ihr wißt, daß die Gewerkschaften gegründet sind, um die Lage der Arbeiterschaft im Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung zu verbessern. In stetigem Kampf, in unermüdlicher Kleinarbeit haben wir gemeinsam diese Aufgabe zu erfüllen gesucht. In der jetzigen Weltwirtschaftskrise, die nicht die Gewerkschaften verschulden, haben wir unsere ganze Kraft besonders dafür eingesetzt, die Lage der Arbeitslosen zu bessern. Wir haben die Forderung nach der vierzigstündigen Arbeitswoche erhoben, um die Zahl der Arbeitsplätze zu vermehren. Wir haben seit einem Jahr immer

* Die Zahlen für 1932 sind berechnet nach dem Durchschnitt der 11 Monate

Unsere Ideen haben sich in der Öffentlichkeit mehr und mehr durchgesetzt. Heute versucht die Regierung von Schleicher, einen Teil unserer Forderungen zu erfüllen. Den Sozialismus wird diese Regierung nicht verwirklichen. Das wissen wir wohl. Sie will im Gegenteil, ebenso wie die Regierung von Papen, die kapitalistische Wirtschaft befestigen. Aber können wir in dieser Situation die Aufforderung der Regierung ablehnen, an der Durchführung der Arbeitsbeschaffung mitzuwirken? Wenn wir als die berufene Vertretung der Arbeiterchaft zu dieser Mitarbeit bei der Durchführung der Arbeitsbeschaffung bereit sind, so geben wir von unseren letzten großen Zielen kein Jota auf. Die Verantwortung für die Arbeiterchaft, die auf uns lastet, ist aber zu groß, als daß wir es ablehnen können, mit diesem oder jenem zu verhandeln, der uns auf Grund seiner Vergangenheit nicht unangenehm ist.

Ich weiß, daß die Funktionäre der Gewerkschaften diese Haltung verstehen. Um so mehr erwarte ich, daß sie der Masse der Mitglieder und den Massen der Unorganisierten gegenüber mit aller Entschiedenheit diese Haltung verteidigen, daß sie sich durch alles Geschrei von Verrat nicht erschüttern lassen.

Ich bin überzeugt, daß uns im neuen Jahre neue schwere Kämpfe bevorstehen. Wir gehen ihnen mit Zuversicht entgegen, weil in den Gewerkschaften die ungebrochene Kraft und der sozialistische Wille der deutschen Arbeiterchaft lebendig sind.
Theodor Leipart.

Die Weltrevolution mit dem Herrn Direktor.

„Eleg der roten Einheitsliste“, oder „K.O.D.-Majorität im Betriebsrat“, oder „Kämpfe um die Funktionärposten“ usw., so kann man jeden Tag Überschriften in der K.P.D.-Presse lesen. Was ist aus diesen Weltrevolutionären geworden? Nach russischen Begriffen mindestens Spießbürger, Sozialfaschisten, die mit den Herren Direktoren schachern und handeln, die Tarifverträge abschließen wollen, also richtige Verräter, die sich mit dem Klassenfeind, den Kapitalisten, an einen Tisch setzen und schachern. Diese Kommunisten von heute sind richtige Jammerlappen gegen jene von 1918 und einige Jahre darüber hinaus. Mißstände wollen die Weltrevolutionäre abschaffen, in Harmonie und Eintracht mit den Kapitalisten. Soweit ist die K.P.D. gekommen, diese Sklavenpartei Russlands. Alle revolutionären Führer hat die K.P.D. abgesetzt, wie Ruth Fischer, Scholem, Maslow, Heinz Neumann usw. Und der Limonaden-Thebdi? Der sieht wirklich nicht danach aus, revolutionär sein zu können. Er ist der Typ des braven Handwerksmeisters, der recht und schlecht die ihm erteilten Aufträge ausführt. Ob, alte Pauschenferrlichkeit, wohin bist du gekommen? (Stimme aus dem Hintergrund: Auf den Hund.)

Die Arbeitslosen „müssen“ Butter essen.

Die Regierung Papen hat die Renten und die sonstigen Unterstützungssätze herabgesetzt, um das 2,2-Milliarden-Geschenk an Junker und Industrielle wieder hereinzuholen. Und jetzt will man diese armen Teufel zwingen, Butter zu essen. Weshalb mögen die sich wohl seither geweigert haben, Butter zu essen? Vielleicht läßt die Regierung einen Regierungsrat einmal darüber nachdenken. Der Zwang zur Beimischung von Butter in Margarine heißt in ganz primitives Deutsch überseht: Wenn ihr unsere Butter nicht essen wollt, dann zwingen wir euch, sie zu essen. Das ist eine Verpöndung, die man unter Papen für möglich halten konnte. Daß die Regierung Schleicher eine solche Mißgeburt herausbringen könnte, haben wir tatsächlich nicht erwartet.

Ist das eine Verleumdung?

Ein Unternehmer gegen den Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaft.

Das „Mitteilungsblatt der Handelskammer Brüssel“ vom Mai 1932 brachte eine Rede des Präsidenten Michelet auf der Generalversammlung der Brüsseler Handelskammer, in der es heißt:

„Die Welt steht erschreckt vor dem Anblick der Massen, die sich nach Arbeit ums tägliche Brot drängen und keine Beschäftigung zu finden vermögen. Diese Massen sind zahllos. Überall liegen materielle und geistige Energien brach und traurigerweise hat es den Anschein, als sei es derzeit unmöglich, sie nutzbar zu machen.“

Der Produktionsapparat und die Rationalisierung sind bis zu einem Grade entwickelt, daß diese großen Betriebe, kaum daß sie in Gang gesetzt sind, ungeheure Mengen Produkte für den Verbrauch an sich — viel mehr, als die Welt in ihrem heutigen Zustand aufnehmen kann. Dann häufen sich die Vorratslager. Vor dem Produzenten erhebt sich drohend das Geldproblem. Ein unverzichtbarer Wettbewerb entsteht: Wettbewerb gegen Betrieb, Land gegen Land. Die Wirtschaft bietet den traurigen Anblick eines Schlachtfeldes, auf dem täglich Tausende neuer Opfer sterben. Die Produktion, die sich nicht mehr rentiert, wird stillgelegt, die Arbeitslosigkeit steigt noch mehr, Sorge um die Zukunft bemächtigt sich der Welt. Die Verarmung häuft sich auf gegen diesen Zustand. Um dem Ubel abzuhelfen, werden die wichtigsten Vorschläge gemacht. Da empfiehlt man, den Überschuß an Waren zu vernichten, damit das, was übrig bleibt, seinen Preis behält und — welche Ironie! — neue Ware erzeugt werden kann. Man wirft den Überschuß ins Meer, heizt mit Kaffee die Lokomotiven. Dort predigt man gegen die Maschinen, oder man schlägt vor, neue Erfindungen zu unterbinden, das heißt die vornehmsten Fähigkeiten des Menschengeschlechtes lahmzulegen. Ja, hier und dort spricht man von einer Rückkehr zu früheren

Arbeitsverfahren, zur Handarbeit, nur weil sie langsamer vor sich geht. Ist das alles nicht reiner Irrsinn? — Weit entfernt, die Vorteile der Maschinen für die Gütererzeugung zu beklagen, sollten wir im Gegenteil darin den Beginn einer neuen Zeitalter erblicken! Das einzige Problem, das sich uns — allerdings unentrinnbar — stellt, ist das der Organisation der Arbeit. Ist es denn wirklich so phantastisch, daran zu glauben, daß es möglich sei, die Arbeit unter die Menschen zu verteilen, wie man die Lebensmittel verteilt in Zeiten der Hungersnot? Ist es so phantastisch, zu erwarten, daß der Vorteil der Maschinen, die es dem Menschen ersparen, seine gesamte Zeit für den Kampf ums Dasein aufzubieten, uns zum Segen gereicht, wo es sich doch nur darum handelt, die Arbeit zu organisieren — was ganz einfach eine Frage des Willens ist? Wenn man will, kann man die Arbeitslosigkeit beenden durch Verteilung der Arbeitsgelegenheit. Das Land, das diesen Schritt zu tun wagt, wird den anderen Ländern den Weg weisen . . .“

Plato, Solon, Oracrus im antiken Zeitalter, Morus, Campanella, Owen, Saint-Simon, Fourier, Marx usw. haben aufgezeigt, welche weiteren Folgen sich aus dem fürchterlichen Gegensatz prohodenden Reichums auf der einen, Hunger und Elend auf der anderen Seite ergeben müssen. Eine Gesellschaftsricht, die diese Folgen nicht sehen und begreifen und die Abwendung ziehen will, muß untergehen.

Der verrückte Kater.

Die K.P.D. ist aus Rand und Band. Die kommunistische Presse lobt Gewerkschaften, Leipart, Funktionärwahlen. „Das ist der Baldrian.“

Habt ihr, liebe Leserinnen und Leser, schon einen verrückten Kater gesehen? Wenn nicht, dann geht einem Kater etwas Baldrian, und ihr werdet das schönste Theater erleben. Der Kater wälzt sich, überschlägt sich, macht die wunderbarsten, lächerlichsten Figuren, er ist einfach verrückt, verrückt wie ein kommunistischer Redakteur.

Diese Leute haben nämlich eine Katernatur. Zu bestimmten Zeiten bekommen sie aus Russland über ihre Berliner russische Zentrale, oder auch Filiale, Baldrian zum Einnehmen. So z. B. vor einer politischen Wahl oder wie jetzt vor den Betriebsratwahlen und den Wahlen der Funktionäre in den gewerkschaftlichen Ortsgruppen. Und kaum haben diese kommunistischen Redakteure ihren Baldrian im Leibe, dann schlagen sie in ihren Zeitungen Purzelbäume, toben und rasen, schreien und fauchen, also sie spielen verrückt. Damit wollen sie ihre armen Leser auch verrückt machen, so wie sie selbst sich gebärden. Durch dieses Verrücktspielen hoffen sie, daß jene Leute, die sich verrückt machen lassen, bei den Wahlen diejenigen wählen, die als „Führer“ von den Baldriankatern bezeichnet werden.

Deshalb der fürchterliche Klamaus in der kommunistischen Presse, deshalb Verrat, Verrat, deshalb nieder mit den Gewerkschaftsführern, nieder mit Leipart. Wer heute K.P.D.- und morgen Naziführer und umgekehrt ist, wer also ebenjogut kämpfen kann in der K.P.D.-Front wie in der Nazifront für die Kapitalisten, ist der geeignet zum Arbeiterführer? Wer vom Verrat lebt, nennt andere Verräter.

Deshalb ihr Kolleginnen und Kollegen, laßt die Baldriankater verrückt spielen!

Wer solche Leute, die einfach Bronze werden wollen, wählt, der läuft Gefahr, daß er seine Erwählten bei den Nazis wiederfindet. Wir wählen keine K.P.D.-isten, sondern gute Gewerkschaftler.

Kleinsiedlungsbau zum Tariflohn ist billiger als Ausführung in Selbsthilfe.

Die Frage, ob die Ausführung der vorstädtischen Kleinsiedlung durch tariflich entlohnte Arbeitskräfte billiger sei als Ausführung in Selbsthilfe der Siedler, ist jetzt durch eine Untersuchung des Verbandes sozialer Baubetriebe einwandfrei beantwortet worden. Auf Grund einer Vereinbarung zwischen Herrn Reichskommissar Dr. Saatz sowie Vertretern des Deutschen Bau- und Gewerkschaftsbundes und des Verbandes sozialer Baubetriebe wurden von der Bauhütte Berlin zwei Musterhäuschen von tariflich entlohnten Arbeitern ausgeführt, ihre Kosten auf Grund genauer Bauvorrechnung, Bauberichterstattung und Nachrechnung ermittelt und mit den Kosten verglichen, die sich bei dem Bau der übrigen Siedlungshäuser nach den Richtlinien des Reichskommissars unter Einschaltung der Siedler-Selbsthilfe ergaben. Das Ergebnis wird in Heft 23/24 der Zeitschrift „Wonen, Siedeln, Wohnen“ veröffentlicht. Die bis in die kleinsten Einzelheiten gehenden Kostenanschläge führen den schlüssigen Nachweis, daß die Aufwendungen für die Ausführung eines Siedlerhauses mit tariflich entlohnten Arbeitern im Durchschnitt niedriger sind, als bei Ausführung des gleichen Hauses nach den Richtlinien des Reichskommissars bei Einschaltung der Siedler-Selbsthilfe. Dazu muß noch berücksichtigt werden, daß bei Vergabe der Arbeit an Baubetriebe ihre raschere und sachgemäßere Durchführung und eine Entlastung der Verwaltungen von Staat, Stadt und Siedlungsträgern gewährleistet ist.

Nicht unterschreiben!

Es mehren sich wieder die Klagen über das Vorgehen von Agenten, die das werktätige Volk mit den bekannten Versicherungszeitungsstellen beglücken wollen. So kürzlich die mit den Heften gebotene Lektüre u. E. oftmals ist, so ungenügend ist auch für die werktätige Bevölkerung die damit verbundene Versicherung. Es muß in allen solchen Fällen heißen: „Erf gründlich prüfen und dann entscheiden!“ Eine gründliche Prüfung könnte aber nur zur Ablehnung der Versicherungszeitungen führen.

Zeitliche Personen unterzeichnen nur zu leichtfertig Bestellscheine, die das soll hier besonders angeführt werden, zur Abnahme der Versicherungsblätter für ein ganzes Jahr verpflichten. Die Erfahrung hat gelehrt, daß diese Verpflichtung bei eintretender Zahlungsunfähigkeit, wie sie z. B. durch Erwerbslosigkeit hervorgerufen wird, zu Ärger und materiellen Nachteilen führen kann.

Vor diesen unliebsamen Dingen schützt man sich am besten, indem man irgendwelche Unterschriften nur nach vorsichtiger Prüfung leistet. Die Arbeitersekretariate und die Gewerkschaftsbüros geben jederzeit bereitwillig Auskunft, wie man sich in

solchen Fällen am besten verhält und sich bei eintretenden Schwierigkeiten vor Schaden bewahrt. Auskunft erhält man auch darüber, wie man zu guter Literatur und zu vollwertigem Versicherungsschutz gelangt.

Ein vernünftiger Schiedsspruch.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Syrup hat am 23. Dezember 1932 auf Antrag der Gewerkschaften die Schiedssprüche, die im Tarifstreit in der fränkisch-thüringischen Schiefertafelindustrie am 15. November 1932 unter dem Vorsitz eines Sonderrichters gefällt worden sind, mit folgender Begründung für verbindlich erklärt:

Die in den Schiedssprüchen einheitlich für alle Betriebe festgesetzten Löhne für männliche Arbeitnehmer von 45 Pf. in der Spitze, heruntergehend bis auf 16 Pf. für die Jugendlichen, stellen auch unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen in der Schiefertafelindustrie eine Entlohnung dar, die nicht mehr unterschritten werden kann. Die Parteien haben untereinander eine Verständigung nicht herbeiführen können, sie scheiterte auch jetzt wieder insbesondere an den Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß einzelne Firmen die im Schiedsspruch festgesetzten niedrigen Lohnsätze unterschritten haben und damit die in der Hauptsache auf Kosten der Löhne hervorgerufenen Konkurrenzschwierigkeiten zwischen den Betrieben zum Dauerzustand erbeben. Es muß daher, um der Arbeiterchaft die Löhne der Schiedssprüche zu sichern, aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen die Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen werden.

Die Frage ist nur die, ob die deutschen Unternehmer gestatten, daß ein Reichsarbeitsminister indirekt ausspricht, daß Hungerlöhne wirklich Hungerlöhne sind.

Gegen notverordnetes Unrecht. Gegen Eröffnung des Musikerberufes.

Verbandsvorstand, Beirat und Bezirksleiter des Deutschen Musiker-Verbandes haben in ihrer gemeinsamen Tagung am 1. und 2. Dezember 1932 nach Entgegennahme der Berichte der aus allen Teilen des Reiches kommenden Verbandsvertreter einmütig festgestellt:

„Die Arbeits- und Verdienstlosigkeit im Musikerberuf hat einen erschreckenden Umfang angenommen.“

Wenn auch die allgemeine Wirtschaftskrise und die dadurch bedingte Einschränkung musikalischer Veranstaltungen sich naturgemäß sehr nachteilig auf die Gestaltung des musikalischen Arbeitsmarktes auswirkten, so kann die besondere Notlage im Musikerberuf darauf allein nicht zurückgeführt werden. Diese dürfte vielmehr im wesentlichen mitverantwortlich sein durch die

alle Maße übersteigende Schwarzarbeit,

die von Angehörigen aller möglichen Berufsgruppen im Musikfach geleistet wird, sowie durch die Ausbreitung der mit arbeiterrechtlichen Ausführungsgebühren nicht belasteten mechanischen Musik.

Die Notverordnungspraxis der letzten Jahre, besonders die Reichsnotverordnungen vom 5. Juni und 7. Oktober 1931, namentlich aber die sogenannte Dietramszeller Notverordnung vom 24. August 1931 und die auf Grund dieser Reichsnotverordnungen erlassenen Länderparaverordnungen haben sich außerdem katastrophal für die deutschen Kulturochsester ausgewirkt und

die Mitglieder dieser Orchester geradezu reiflos gemacht.

Verbandsvorstand, Beirat und Bezirksleiter des Deutschen Musiker-Verbandes sind nach diesen Feststellungen der Auffassung, daß es Pflicht der öffentlichen Gewalt ist, sich in gerechter Weise der Not der deutschen Berufsmusiker anzunehmen.

Als vordringlich nötige Maßnahmen werden gefordert:

1. Die Aufhebung bzw. Abänderung derjenigen Reichs- und Ländernotverordnungen, die Ausnahmeregelungen gegenüber den Mitgliedern der Kulturochsester enthalten bzw. zulassen. Insbesondere muß die Wiederherstellung der Vertragssicherung, der Unabhängigkeit der Tarifverträge, sowie die Beseitigung der notverordneten Sondergehaltsskärzungen der Orchestermusiker gefordert werden, zumal letztere eine nicht zu rechtfertigende Schlechterstellung der im Kulturdienst stehenden Personen gegenüber anderen Beamten und Angestellten der öffentlichen Betriebe darstellen.
2. Eine für das ganze Reichsgebiet geltende einheitliche Regelung des Musikernachweiswesens, die es ermöglicht, die musikalische Schwarzarbeit sowie unerwünschte Ausländerkonkurrenz ganz oder doch wenigstens annähernd anzuschalten, und die eine gerechte Verteilung der vorhandenen musikerberuflichen Arbeitsgelegenheiten sichert.
3. Änderung des Urheberrechts in der Richtung, daß die Verantwortung der musikalischen Aufführungsrechte unter staatliche Aufsicht gestellt wird mit dem Ziele, untragbare, die Mehrbeschäftigung lebender Musiker hindernde Belastungen öffentlicher Musikaufführungen zu beseitigen bzw. unmöglich zu machen. Mechanische Musikdarbietungen dürfen nicht günstiger gestellt sein als die der lebenden Musiker.
4. Einwirkung auf die Reichsrundfunkgesellschaft und die dieser angeschlossenen Sendegesellschaften, Orchester arbeitsloser Musiker sowie geeignete engagementslose Musiksolisten in weit stärkerem Maße als dies jetzt geschieht, zu beschäftigen. Die Gesellschaften sind zu verpflichten, für diesen Zweck täglich mindestens drei Stunden zur Verfügung zu stellen. Diese Zeit kann durch eine Einschränkung der Sendungen diskantischer und Schallplatten-Darbietungen gewonnen werden. Aber die Regelung dieser Fragen im einzelnen haben die Sendegesellschaften sich mit den maßgebenden Berufsorganisationen der Musiker zu verständigen.
5. Reichsgesetzliche Regelung des Musiker-ausbildungswesens; Änderung des § 41 der Gewerbeordnung dahingehend, daß die Berufsausbildung der Musiker in schulgemäßer Weise zu erfolgen hat und der Aufsicht der Schulbehörden zu unterstellen ist.“

Frauenfragen.

Frauenaufgaben im neuen Jahr.

I.
Für das Jahr 1933 müßte sich jede aufgeklärte Kollegin das Ziel setzen, in den Reihen des Verbandes praktisch mit zu kämpfen gegen die gefahrbringende Reaktion und für den sozialen Fortschritt, zumal allen Kolleginnen immer deutlicher wird, daß gerade die Frauen und Mädchen am meisten

Ins

neue Jahr gehen wir mit dem festen Voratz zu werden für den Verband, wann und wo sich Gelegenheit und Möglichkeit gibt. Ich habe den Willen, dem Verbands im Jahre 1933 so viele

neue

Mitglieder zuzuführen, wie durch Anwendung meines Willens und meiner Energie möglich ist. Ich nehme mir vor, zu versuchen, alle Hemmnisse zu überwinden, um im

Jahre

1933 eine Rekordzahl in der Werbung zu erreichen. Ich weiß, es geht ums Ganze, ich weiß, die Entscheidungskämpfe kommen immer näher, ich weiß, die Reaktion holt

mit

aller Macht zum Schlage aus. Wollen wir die wütenden Vorstöße der Reaktionen, der Drohen unserer Arbeit, parieren, dann gibt es nur eins: keine Verlogenheit, sondern eine wirkliche Einheitsfront muß im

neuen

Jahr aufgerichtet werden. Also holen wir alle uns noch fernstehenden Klassen Genosseninnen und -genossen heran. „Ich will!“ soll meine Losung sein. Vorwärts zur Agitation mit neuem

Mut!

Es gibt für uns kein Zurück; es gibt nur ein Vorwärts!

geschädigt und benachteiligt sind in der heutigen schweren Zeit. Der Rückgang der Eheschließungen sowie die große Zahl der Ehescheidungen, das Ansteigen der Kinderkrankheiten und die gesundheitliche Gefährdung Jugendlicher und Erwachsener haben ihre Begründung wohl vorwiegend in der Wirtschaftskrise mit all ihren Begleiterscheinungen wie Arbeitslosigkeit, Kaufkraftsenkung durch Lohnabbau, Kurzarbeit usw. Aber ist es nicht überhaupt die Frau als Erwerbstätige, als Hausfrau und Mutter, die bei alledem immer doppelt schwer betroffen ist? Deshalb ist sie auch in erster Linie interessiert an dem gewerkschaftlichen Kampf um gerechte Frauenlöhne. Erst wenn die Frauen in entsprechender Stärke im Vollbewußtsein ihrer Kraft in der Organisation mitkämpfen, kann der Kampf im Interesse der Arbeiterinnen und der Gesamtarbeiterschaft mit vollem Erfolge zum Siege geführt werden. Diese Erkenntnis muß in immer breitere Frauenkreise getragen werden. Ganz besonders Hausfrauen und Mütter, denen der Verdienst der Familienväter und der erwachsenen Kinder nicht gleichgültig sein kann, müssen aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen ziehen, denn schließlich hängt die Lebenshaltung, der Gesundheitszustand der Familie und der Grad der Arbeitsbelastung der Frau usw. von der Höhe des Familieneinkommens ab. Daraus gilt es also, die nötigen Schlussfolgerungen für eine

Belebung der Frauenagitation

zu ziehen.

Die gewerkschaftlich organisierte Kollegin als Kämpferin sieht auch die politischen Geschehnisse mit anderen Augen an als die unorganisierte. Deshalb muß die Zahl der organisierten Kolleginnen immer größer werden. Es darf nicht so sein, daß den Frauen nachgesagt werden kann, sie seien rückständig. Für die erwerbstätige Frau sollte diese Bezeichnung wenigstens nicht zutreffen, oder sie muß entsprechend pariert werden können. Kommende Kämpfe müssen eben die proletarische Frau kampfbereit und kampfesmutig finden im fortschrittlichen Sinne.

Trotz wiederholter Reichstagswahlen im Jahre 1932 sind die Verhältnisse nicht besser geworden. Im Gegenteil! Die Zahl der Arbeitslosen ist im Dezember wieder um 250 000 gestiegen. Das war die Weihnachtsschmerzhaft. Den darbenenden Opfern der kapitalistischen Wirtschaftskrise kam keine Hilfe, kein „Friede auf Erden“. Ihr Kampf ums Dasein ist schwerer denn je. Zwar ließ die Regierung am Ende der kurzen Reichstags-Sitzung im Dezember verkünden, daß sie Winterhilfsmassnahmen für die Notleidenden durchzuführen gedenke. Aber wenn die Hilfsbedürftigen etwa geglaubt haben sollten, daß die Hilfe bald für sie fühlbar würde, sind sie bitter enttäuscht worden. Die Hilfe für die Unternehmer und Großagrarien in Form von Steuergutscheinen, Prämien und Subventionen sieht allerdings anders aus. Da werden nicht nur 35 Millionen bewilligt, wie das für die Winterhilfsmassnahmen, die Millionen von Hilfsbedürftigen zugute kommen sollen, der Fall ist. Es wird einfach mit anderem Maß gemessen. Aber was ist die Lehre, die aus den wirtschaftlichen und politischen Tatsachen zu ziehen ist? Sollen wir gedankenlos all die dummen Schwärzereien der Unorganisierten gelten lassen? Dann kommen wir bestimmt nicht aus dem Elend heraus.

Die proletarische Hausfrau wird bald noch mehr zu spüren bekommen, was es bedeutet, wenn reaktionäre Herren regieren,

die von der Not in den meisten Arbeiterfamilien keine Ahnung haben.

Man begnügt sich nicht damit, durch Steuern und Zölle das Salz und den Hering veräuert zu haben im letzten Halbjahr, sondern für das neue Jahr wird eine Margarineverkuerung angekündigt, um den Absatz der guten Butter zu heben, oder, wie man sagt, der Landwirtschaft zu helfen. Jedenfalls ist die Schlussfolgerung zu ziehen, daß es dringende Aufgabe ist, die Klassenfront zu stärken durch Agitations- und Aufklärungsarbeit für die freien Gewerkschaften und die

Sozialdemokratische Partei. Nur so kann das freigewerkschaftliche Arbeitsbeschaffungsprogramm und jede weitere Förderung auf sozial- und wirtschaftspolitischem Gebiet zur Durchführung gelangen. Das muß besonders den Frauen und all denen gesagt werden, die resigniert beiseite stehen und bei wichtigen Entscheidungen keine klare Stellung einnehmen können. Damit kommen wir aber auch schon zu den wichtigsten Frauenaufgaben, die uns für das neue Jahr gestellt sind, und die wir in der nächsten Nummer dieser Zeitung noch näher erläutern werden. U. J.

Jugendbewegung.

Tagung unserer Jugendleiter im Gau 1.

Am Sonntag, dem 18. Dezember, fand im Volkshaus in Hannover eine Konferenz der Jugendleiter unseres Verbandes, Gau 1, statt. Alle Zahlstellen mit Jugendgruppen hatten zu dieser Konferenz Vertreter entsandt. — Von der Jugendgruppe Hannover war der Konferenzsaal in würdiger und eindrucksvoller Weise geschmückt.

Der Jugendsekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollege Maschke, sprach über das Thema „Gegenwartsprobleme der gewerkschaftlichen Jugendarbeit“. Er führte aus, daß von den Gewerkschaften nicht nur die jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiter bis zum 18. Lebensjahre zu betreuen sind. Die wirtschaftlichen und seelischen Nöte der Jugend treibt sie von einem politischen Lager zum anderen. Infolge ihrer Not glauben die Jugendlichen jedem, der ihnen etwas verspricht. Die Aufgabe der gewerkschaftlichen Jugendarbeit muß es sein, ihre jungen Mitglieder zu schulen, damit sie den Kampf mit dem Leben aufnehmen können. Von dieser Schulung müßten auch die jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiter erfaßt werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Den jungen Gewerkschaftsmitgliedern müsse der Weg, den sie zu gehen haben, sehr klar und eindeutig gezeigt werden. Alle müssen sich darüber klar sein, daß eine Entscheidung gegen die Demokratie Abbau der politischen Freiheit, der Sozialpolitik und der Jugendfürsorge in anderer Sinne bedeutet.

Aus dem Freiwilligen Arbeitsdienst sollte in Deutschland die Arbeitsdienstpflicht für alle Jugendlichen hervorgehen. Daß der Freiwillige Arbeitsdienst nicht zur Arbeitsdienstpflicht geworden ist, ist ein Verdienst der freien Gewerkschaften. Für das Jahr 1933 werden von der Reichsregierung 120 Millionen Mark in den Etat des Reiches eingelegt für den Freiwilligen Arbeitsdienst. — Infolge der großen Arbeitslosigkeit unter der Jugend können wir nicht verhindern, daß sich viele Tausende von Jugendlichen zur Arbeit beim Freiwilligen Arbeitsdienst melden. Infolgedessen wäre es nicht richtig, wenn wir als Gewerkschaftler die Kinder der Arbeiter

Dem

Mutlosen, dem Furchtsamen, dem Unentschlossenen werden keine Erfolge winken. Nur wer Hand anlegt, wer versucht, das Unzulängliche umzubauen, hat den Glauben an sich und sein Werk; denn dem

Mutigen

gehört die Welt, sagt ein Sprichwort, das mindestens zu 70 Prozent richtig ist. Wir schaffen das Werkzeug zum Umbau der Wirtschaft, ja der Welt. Dieses Werkzeug heißt Organisation, Massenweise. Wenn die Welt heute noch nicht uns

gehört

so kann das morgen anders sein. Und für das Morgen rüsten wir nicht mit Phrasen, sondern durch Taten, indem wir Stein auf Stein setzen zum Bau der neuen Welt. Dazu brauchen wir jene,

die

zu uns gehören, aber noch indifferent sind. Deshalb soll und muß unsere Hauptaufgabe sein, den Organisationsbau fertig zu machen, denn wer die

Zukunft

sein nennen will, der muß die Gegenwart näher durch agieren und organisieren.

denjenigen Organisationen beim Freiwilligen Arbeitsdienst überlassen würden, die rein militärisch aufgezogen sind, sondern wir müssen versuchen, auch hier als Träger der Arbeit aufzutreten.

Die Ausführungen des Kollegen Maschke wurden durch den Vortrag unseres Jugendfreundes R. Witz, der über das Thema „Werbearbeit der Jugendgruppen“ sprach, in sehr eindrucksvoller Weise ergänzt. Witz sprach über die Werbearbeit der Jugendlichen im Betriebe und wie gewonnen werden kann durch eindrucksvolle Jugendabende und gesellige Veranstaltungen. Er zeigte die Fehler auf, die in den letzten Jahren gemacht worden sind und überlegte durch praktische Beispiele die Konferenzteilnehmer, wie die Fehler abgestellt werden können. — Die Diskussion über beide Vorträge war frisch und aufbauend.

Die Gruppen beschlossen, im Jahre 1933 ein Jugendtreffen nicht zu veranstalten. An Stelle des Treffens sollen Zelllager an drei verschiedenen Stellen des Gaus arrangiert werden. Die Lager sollen so gelegt sein, daß große Reisekosten damit nicht verbunden sind.

Den Jugendgruppen des Gaus ist vom Hauptvorstand des Verbandes eine Gaustandarte geschenkt worden. Die Standarte soll ein Wanderpreis sein. Gegen die vom Gaunvorstand vorgeschlagenen Bedingungen zur Erlangung dieses Wanderpreises wurden Einwendungen nicht erhoben.

Aber die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Gangebiet berichtete Kollege Schelhardt. Er forderte die Jugendgruppen auf, sich recht regen an der gesamten Verbandarbeit zu beteiligen. — Mit einem kräftigen „Freiheit“ auf den Verband und auf die Arbeiterbewegung wurde die eindrucksvolle Konferenz geschlossen.

Gewerkschaftliche Jugendwerbung in Halbenburg.

Eine wohlgeplante Veranstaltung führte die Zahlstelle im Hofel Sandberg durch. Die „Blauen Blusen“ brachten, unterstützt von Schallplattenmusik, wirkungsvoll Dichtungen aus der Arbeiterliteratur zum Vortrag. Besonders gut gelungen war: „Mähle, Mähle, mähle!“ von Dehmel und die „Rosen Rebellen“. Auch die Rede des Genossen Theodor Leipart wurde durch Schallplatte zu Gehör gebracht.

Sodann legte Geschäftsführer Kollege Kühn die Aufgaben der gewerkschaftlichen Jugendarbeit dar, wobei er besonders die anwesenden Eltern ermahnte, auf die geistige Schulung des Nachwuchses in gewerkschaftlicher Hinsicht sorgfältig zu achten. Die

freie Gewerkschaftsagenda, die im Einvernehmen mit Arbeiterjugend und den Sportverbänden an der wirtschaftlichen und geistigen und gesundheitlichen Besserstellung der Jugend in den Betrieben und auf den Stempelstellen arbeitet, kann bereits über gute Erfolge berichten.

Es gelangte sodann der Jugendfilm „Freundschaft“ zur Ausführung. Dieser Film, den wir bereits besprochen haben, zeigt in eindrucksvoller, knapper, künstlerischer Form den Lebensweg der proletarischen Jugend, deren Schicksal Arbeit und Kampf heißt. Wie die Schulung für den Kampf im Leben, vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus gesehen, beschaffen sein muß, das zeigt dieser Film recht anschaulich. Mit dem Vortrag des Sozialistenmarches fand die Feier ihren Abschluß.

Chemische Industrie

Gründung des spanischen Chemiearbeiterverbandes.

Die Federacion Espanola de Productos Quimicos (Föderation der Chemiearbeiter in Spanien) wurde von der spanischen gewerkschaftlichen Landeszentrale auf Ansuchen einer Anzahl ihr angeschlossener Chemiearbeiter-Organisationen gegründet.

Am Gründungskongress, der am 14., 15. und 16. Mai d. J. im Volkshaus in Madrid tagte, nahmen neben dem der Fabrikarbeiter-Internationale angeschlossenen spanischen Streichholzarbeiterverband 31 andere Organisationen teil. Von den vertretenen Industriegruppen sind besonders zu erwähnen: Sprengstoffe, bituminöse Dachziegel, Kunstbänder, Seifen, ätherische Öle, Linoleum, Karbid, Streichhölzer und Streichholzschachteln.

Die neue Föderation zählt 32 angeschlossene Organisationen mit insgesamt etwa 6000 Mitgliedern.

Papier-Industrie

Ein Rückblick auf das Jahr 1932 in der deutschen Papiererzeugungsindustrie.

Von G. Stähler (Hannover).

II.

Aus anscheinend krankhafter Neigung behaupten die deutschen Unternehmer aller Berufe immer wieder, daß jede Lohnsenkung eine Verbilligung der Preise bedeute und demzufolge eine Erhöhung der Produktion und damit eine Verminderung der Arbeitslosigkeit eintreten müsse. Dieser Utopie huldigte nicht nur die Regierung Brüning-Siegerwald, sondern auch das Regime Papen-Schleicher mit seinen Lohnabbau-Rotverordnungen.

Die amtlichen Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes beweisen das genaue Gegenteil und bestätigen die Auffassung der Gewerkschaften. Die Entwicklung in der Papiererzeugungsindustrie und den Zusammenhang zwischen Lohn- und Arbeitslosigkeit zeigt nachfolgende Zusammenstellung:

Stichtag	Lohnsumme in T. für ungel. Arbeiter	Arbeitslose in v. H. der Gewerkschaftsmitglieder	Kurzarbeiter	Vollbeschäftigte
Juli 1930	73,2	11,9	18,6	83,0
Januar 1931	72,8	17,9	22,8	76,7
Juli 1931	68,8	17,6	22,1	77
Januar 1932	69,4	26,8	37,6	6
Juli 1932	57,8	26,3	32,3	64,0
September 1932	57,4	28,4	35,7	61,5
Oktober 1932	—	26,9	32,0	64,9

Die Kurzarbeiter wurden vom Statistischen Reichsamte auf Vollbeschäftigte umgerechnet. Sieht man von den kleineren saisonmäßig bedingten Schwankungen ab, so beweist die Zusammenstellung, daß mit jedem Lohnabbau ein Rückgang der Produktion und eine Steigerung der Arbeitslosigkeit verbunden war. Während von Juli 1930 bis September 1932 die Löhne der Facharbeiter um 22,1 Prozent und die der ungelerten Arbeiter um 21,6 Prozent zurückgingen, sank im gleichen Zeitraum die Zahl der Vollbeschäftigten sogar um 26 Prozent.

Beachtet man ferner die derzeitige Betriebsausnutzung in den einzelnen Zweigen der deutschen Papiererzeugungsindustrie, so geben auch diese Quoten keinen Hoffnungsstrahl für wesentliche Besserung im kommenden Jahre. Das deutsche Institut für Konjunkturforschung hat darüber Ermittlungen angestellt. Aus diesem Material geben wir nachstehend nur die arbeitstägliche Produktion vom dritten Vierteljahr für 1931 und 1932 wieder:

Ich

weiß, der Kollege Mies und seine Frau sind zwei ganz Hartnäckige. Beide wollen den Verbandsbeitrag sparen — nach dem Grundsatz: „Spare in der Zeit, so hast du in der Not.“ Ich

werde

die beiden einmal fragen, wie sie sparen wollen, wenn lange Krankheit, Arbeitslosigkeit oder dergleichen in der Familie eintreten. Ich werde ihnen sagen, wie jämmerlich es um die Arbeiterschaft bestellt wäre, wenn sie

mit

solchem Gleichmut ihr Los ertragen hätte. Dann wäre Papen heute noch Kanzler, man würde Arbeiter und Arbeiterinnen eines Tages durch Rotverordnung wieder zu Sklaven machen, man würde mit

ihnen

verfahren wie im Mittelalter die jückerischen Straßentrüder mit den Handelsleuten und Bauern. Menschenkinder, werde ich sagen, werdet doch endlich klug! Ja oder nein — für oder gegen die eigenen Klassengenossen. Wozu noch viel

reden

statt zu handeln. Ich werde nicht ruhen, bis die beiden in unseren Reihen stehen.

Sorte	Erweiterte Druckliste 1928 = 100	
	III. Quartal 1931	III. Quartal 1932
Waldhofdruckpapier	91,6	89,0
Waldhofdruckpapiere	78,5	78,8
Waldhofdruckpapiere	68,2	63,5
Waldhofdruckpapiere	91,5	78,4
Waldhofdruckpapiere	90,4	89,7
Waldhofdruckpapiere	89,3	92,5
Waldhofdruckpapiere	149,8	152,6
Waldhofdruckpapiere	84,8	95,5
Waldhofdruckpapiere	82,5	71,2
Waldhofdruckpapiere	99,3	112,7
Waldhofdruckpapiere	63,8	58,0
Waldhofdruckpapiere	64,7	59,1
Waldhofdruckpapiere	59,3	52,8
Waldhofdruckpapiere	75,5	62,5
Waldhofdruckpapiere	59,9	47,9

Diese Ermittlungen zeigen, daß — wenige Sorten ausgenommen — der Produktionsstand von 1928 noch lange nicht wieder erreicht ist, wobei beachtet werden muß, daß in der deutschen Papiererzeugungsindustrie die Höchstproduktion im Jahre 1929 erreicht wurde.

Im ersten Artikel haben wir die Notlage unserer Kollegen in der Papiererzeugungsindustrie behandelt. Es bietet immerhin einen gewissen Reiz, auch einen kleinen Überblick über die

Einkommen

der Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder in den Aktiengesellschaften der deutschen Papiererzeugungsindustrie zu erhalten. Die nachfolgende Übersicht soll dazu dienen, sie zeigt die Bezüge der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der benannten Aktiengesellschaften für die Geschäftsjahre 1931 bzw. 1930/31:

Men-Gesellschaften	Entschädigung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder		Zahl der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder	
	RM.	einschl.	RM.	
Gelbmühl-Konzern	902 268	einschl.	6	15
Waldhof-Konzern	480 000	179 443	3	8
Waldhof-Konzern	349 000	einschl.	3	11
Waldhof-Konzern	144 071	einschl.	2	7
Schleif, Zellulose- u. Papierfabriken, AG.	108 000	einschl.	3	12
Schleif u. Papierfabriken				
Kleberchemie	104 631	einschl.	2	6
Emmentaler Papierfabrik	97 400	einschl.	2	6
Karlsruher Zellulose- u. Papierfabriken, AG.	93 877	einschl.	4	8
Papierfabrik Kappel, AG.	87 398	einschl.	2	5
Verein Strohhof, Dresden	76 450	15 000	3	9
Papierfabrik Krappitz	66 364	4 444	2	6
Papierfabrik Penig	63 187	einschl.	2	4
Heidenauer Papierfabrik	59 840	einschl.	2	6
Knoedel, Schmidt & Co.				
Lambrecht & S.	46 900	einschl.	1	1
E. Nagork, Leipzig	40 312	einschl.	1	5
Papierfabrik Großenhain	38 844	einschl.	2	7

Nur wenige dieser Gesellschaften haben im letzten Geschäftsjahr Dividende verteilt, ein großer Teil hat sogar überhaupt keine Dividende verteilt. Trotzdem wurden die für ihre Vorkasse ständige Lohnabbau fordernden Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder trotz Wirtschaftskrise und Notlage der Arbeiter immer noch recht anständig entschädigt. Während der ungeliebte Vollarbeiter nach dem amtlich ermittelten Tarifstandeslohn bei 48ständiger wöchentlicher Vollarbeitszeit 27,55 Mk. und bei jährlicher Vollarbeit günstigenfalls 1433 Mk. verdient, erhielt jedes Aufsichtsratsmitglied des Waldhof-Konzerns im Durchschnitt 22 430 Mk. Jahresentschädigung und selbst bei den Vereinigten Strohhof-Fabriken noch den Betrag von 1666 Mk. für den Besuch einiger Aufsichtsratsitzungen. Aber einen Vergleich zwischen Direktorengehältern und Arbeiterlöhnen wollen wir lieber schweigen. Ob die Herren dafür im Jahre an zwei oder drei Sitzungen teilgenommen haben, wissen wir nicht.

Ausblick auf das Jahr 1933.

Will man nicht an Märchen und Wunder glauben, dann kann zur Beurteilung der kommenden Geschäftslage im Jahre 1933 und damit auch zur wirtschaftlichen Beurteilung der Lage der Arbeiterschaft eine Schlussfolgerung nur gezogen werden, wenn man die derzeitigen Wirtschaftsverhältnisse in der deutschen und internationalen Papierindustrie nicht außer acht läßt. Weder der aus Amerika im letzten Jahre wiederholt angekündigte Silberstreifen am Weltmarkthimmel, noch die politische Prognose der Wirtschaftsankurbelung nach dem Papen-Plan machen sich in der Papiererzeugungsindustrie bemerkbar.

Soweit wir unterrichtet sind, hat der Verein Deutscher Papierfabrikanten den am 10. Juni 1931 gefassten Beschluß auf Einführung der Fünftageswoche für seine Mitglieder bis zum 28. Februar 1933 verlängert.

Für die Zellstoffindustrie gilt der Beschluß des internationalen Zellstoff-Syndikats, die europäische Produktion um 20 Prozent zu drosseln, auch für das Jahr 1933. Die Tatsache, daß Ende November 1932 an einer Sitzung des internationalen Zellstoff-Syndikats in Stockholm sich auch die nordamerikanischen und kanadischen Zellstoffhersteller beteiligten, läßt die Schlussfolgerung zu, daß dieser Produktions-einschränkungsbeschluß für 1933 über Europa hinausgehende internationale Bedeutung erlangt.

(Schluß folgt)

Nahrungsmittel-Industrie

Der Butterverarbeitungsprozess zur Margarine soll wirksam sein werden.

Ganz plötzlich hat der Herr Reichspräsident eine Notverordnung erlassen, die der Reichsregierung die Vollmacht gibt, den Verarbeitungsprozess von Butter zur Margarine zu verändern. Es handelt sich zunächst um eine Ermächtigungsverordnung. Die Durchführung dieser Maßnahme ist der Regierung überlassen. Ähnlich wird über diese Verordnung folgendes mitgeteilt:

Zur Förderung der Verwendung inländischer tierischer Fette ist die Reichsregierung durch eine Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten ermächtigt, in Ergänzung des schon seit dem 1. Dezember 1932 bestehenden Verordnungsmaßes für den Export von Butter die Verarbeitungsprozess zur Margarine herzustellen zu erlauben. Die Reichsregierung wird ferner ermächtigt, Vorschriften über den Umfang der Herstellung von Margarine, Kunstfett-

fett, Speisefett, Pflanzenfetten und gehärtetem Tran zu erlassen sowie einen Verordnungsprozess von inländischen Ölsaaten in den Ölmöhlen anzuordnen. Schließend enthält die Verordnung noch Bestimmungen, die die Reklame für Margarine und Kunstfett betreffen und Maßnahmen auf diesem Gebiete entgegenwirken sollen. In der Begründung heißt es: Die durchgeführte Kontingentierung der Butter- und Schmalzinfuhr soll durch einen Verarbeitungsprozess von Butter zur Margarine ergänzt werden. Die Margarineindustrie soll veranlaßt werden, einheimisches, tierisches Fett zu verarbeiten. Die Maßnahme soll den Zweck haben, der Landwirtschaft bessere Butterpreise zu sichern. Bei der Reichsregierung besteht der Wunsch, daß durch die Verordnung angestrebte Ziel in freiwilliger Vereinbarung mit der Margarine- und Industrie zu erreichen, so daß sich die Durchführung dieser Verordnung erübrige.

Diese Ermachtigungsverordnung kommt selbst den zunächst beteiligten Öl- und Margarinefabrikanten ganz überraschend. Noch vor Weihnachten wurde ihnen versichert, daß man an einen Erlaß einer derartigen Verordnung nicht denke. Die Industrie werde vor Erlaß dieser Verordnung bestimmt gehört werden. Das ist nicht geschehen. Man kommt zu dem Schluß, daß die Regierung diese Verordnung deshalb so überraschend herausgebracht hat, weil sie befürchtete, sie werde in Beratungen mit den Beteiligten davon überzeugt werden, daß diese Pläne undurchführbar sind. Selbst landwirtschaftliche Kreise wenden sich gegen diesen Plan.

Die Margarineindustrie kann also gezwungen werden, der Margarine Butter beizumischen. Ein bestimmter Prozentsatz ist zunächst nicht angegeben. Es verlautet aber, daß die Abgabe besteht, 15 000 Tonnen beizumischen, weil diese bei dem Einfuhrkontingent über den heimischen Verbrauch eingezogen werden. Eine Preissteigerung für Margarine soll verhindert werden. Dabinter kann man mindestens drei Fragezeichen machen. Was wird kommen?

Entweder mischt man aller Margarine Butter bei. Dann wird alle Margarine teurer. Schafft man eine sogenannte „Mischbutter“ als bessere Margarine, dann wird der Verarbeitungsprozess erheblich höher. Diese Mischbutter wird dann viel teurer als die bisherige bessere Margarine. Es kann dann folgendes eintreten: Die bisherigen Butterverarbeiter, die gegen Margarine eine bestimmte Abneigung hatten, werden geneigt sein, diese Mischbutter zu verarbeiten. Eine Abwanderung vom Butterverbrauch ist die Folge.

Die Verbraucher, die bislang die bessere Margarine kauften, werden die Mischbutter nicht kaufen können, weil ihnen dazu das Geld fehlt. Sie wandern zu den billigen Margarinearten ab. Der Absatz bei den billigen Margarinearten wird stark steigen. In den billigen Sorten wird nach Angabe der Arbeitgeber wenig oder gar nichts verdient. Steigt der Umsatz der billigeren Sorten, dann wird eine Preissteigerung bei diesen unweigerlich die Folge sein.

Darüber hilft alles Schwärzen nicht hinweg. Man verspricht dem Konsumenten, man will eine Preissteigerung unterbinden. Wer will denn kontrollieren, ob eine Margarine, die heute 35 Pf. kostet, nicht morgen für 38 Pf. verkauft wird? Man gibt dem Ding einen anderen Namen. Damit ist die Qualität noch lange nicht anders, aber der Preis ist höher. So wird es in der Praxis gehen. Unrealen Existenzen werden durch derartige Maßnahmen Tür und Tor geöffnet. Wie soll der Verbraucher feststellen, ob die Margarine tatsächlich 5 oder 10 Prozent Butter enthält? Solche Feinschmecker sind die Verbraucher zumeist nicht. Geschmacklich ist das auch kaum festzustellen. Für die Landwirtschaft aber wird die erhoffte Erleichterung nicht kommen, weil die Hauptursache für den mangelhaften Umsatz die stark gedrosselte Kaufkraft ist. Solange diese nicht gehoben wird, solange stockt der Absatz und sinken die Preise.

Der frühere Landwirtschaftsminister Schiele prägte den Satz „Der Arbeiter Not ist der Bauern Tod“. Der Mann versteht etwas von der Landwirtschaft, er hat recht. Bringt also diese Verordnung den Konsumenten neue Lasten, dem Landwirt keinen Vorteil, so bringt sie den Öl- und Margarinearbeitern große Nachteile.

Gehört der Margarinekonsum zurück, dann sinkt die Arbeitsmöglichkeit in der Margarineindustrie. Die Margarinearbeiter sind in den letzten Jahren sehr stark mit Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit bedacht. Die Zahl der Beschäftigten in der Margarineindustrie betrug im Jahre 1922 rund 15 500; sie beträgt heute knapp 7000. Die Margarinearbeiter schaff kann verlangen, daß alles getan wird, damit ihr die Arbeitsmöglichkeit nicht noch weiter beschnitten wird. Das gleiche trifft für die Arbeiter in der Industrie zu. Wird die Herstellung von Margarine und die Speisefettherstellung eingeschränkt usw., dann wird gleichzeitig verfügt, daß zahlreiche Arbeitskräfte aus der Industrie arbeitslos werden.

Weiter soll die Verwendung von inländischen Ölsaaten angeordnet werden können. Wer diese Bestimmungen in die Verordnung aufgenommen hat, muß sehr weilsfremd sein. Jeder Kenner der Industrie weiß, daß in Deutschland Ölsaaten so gut wie gar nicht erzeugt werden. Die Industrie soll also gezwungen werden, etwas zu verarbeiten, was gar nicht vorhanden ist. Das ist denn doch eine Gesetzesmacherei, die mit dem praktischen Leben nichts mehr zu tun hat.

Man will scheinbar erreichen, daß in Deutschland wieder Ölsaaten angebaut werden. Dazu muß aber gesagt werden, daß Saaten mit großem Ölgehalt, wie Kopra, Palmkern usw. in Deutschland nicht angebaut werden können. Das ist eine Frage des Klimas. Ähnlich ergeht es der Erdnuß und der Sojabohne. Man will also wieder künstlich die Produktion der Landwirtschaft fördern und zu diesem Zweck vorher die Verwendung ausländischer Rohstoffe unterbinden.

Die Folge davon muß sein, daß die deutsche Industrie mit ihrer Produktion sehr stark zurückgeht. Die Erfahrungen des Krieges sollten den deutschen Gesetzesmachern doch zeigen, daß man künstlich nicht fördern kann, was natürlich nicht gegeben ist. Ging doch die deutsche Industrie bei der Saarverabreichung während des Krieges von rund 17 Millionen Doppelzentner auf rund 3,2 Millionen Doppelzentner zurück, weil Ölsaaten und Früchte nicht beschafft werden konnten.

Bucheckern, Fruchtkerne, Sonnenblumen und alles mögliche Zeug wurde zusammengekauft, um wenigstens etwas Öl für die deutsche Bevölkerung herstellen zu können. Jeder Preis wurde dafür gezahlt. Sollen diese Zeiten wiederkommen, soll die deutsche Wirtschaft durch falsche Beschränkungsmaßnahmen wieder auf diesen Stand heruntergewirtschaftet werden? Das ist die Frage, die man sich an verantwortlicher Stelle vorzulegen hat.

Fassen wir kurz zusammen: Wird die Ermachtigungsverordnung durchgeführt, dann wird sie der Landwirtschaft keine Vorteile bringen. Sie kann aber dahin führen, daß der gesamte Fettmarkt zurückgeht, weil niemand mehr kaufen kann, als er Geld hat. Den Öl- und Margarinearbeitern aber würde die Verordnung erhöhte Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bringen. Wir haben alle Ursache, jene Industriezweige, die in Deutschland noch arbeiten, aufrechtzuerhalten, billige Rohstoffe aus dem Auslande einzuführen und daraus billige Nahrungsmittel herzustellen, damit wenigstens auch die Armen sich noch ein Pfund Fett kaufen können. Die Margarine- und Arbeiter aber behalten auf diese Weise ihre Arbeit. In letzter Stunde hatten sich die freien Gewerkschaften auf Anregung unseres Verbandes noch an die Regierung gewandt und hatten ersucht, vom Erlaß dieser Verordnung Abstand zu nehmen. Die Ermachtigungsverordnung ist trotzdem erlassen. Im Interesse der deutschen Wirtschaft, im Interesse der deutschen Konsumenten und im Interesse der deutschen Margarine- und Arbeiter müssen wir vor ihrer Durchführung dringend warnen!

E. Senkfeld.

Verschiedene Industrien

Gleichstellung von Hausgewerbetreibenden mit Heimarbeitern.

Nach § 18 des Hausarbeitsgesetzes können Hausgewerbetreibende, die den überwiegenden Teil ihres Verdienstes aus ihrer eigenen Arbeit am Stücke beziehen, den Hausarbeitern tarifrechtlich gleichgestellt werden. Die Entscheidung über die Gleichstellung liegt bei der Errichtungsbehörde des Fachauschusses.

Eine einheitliche Auffassung über die Grenze der Gleichstellung ist bei den verschiedenen Errichtungsbehörden der Fachauschüsse nicht vorhanden. In Preußen werden in der Regel solche Hausgewerbetreibende den Hausarbeitern tarifrechtlich gleichgestellt, die nach § 162 in Verbindung mit § 165, Abs. 1, Nr. 6 RVO. krankensicherungsspflichtig sind. Der Staat Thüringen hat im Januar 1929 solche Hausgewerbetreibende den Hausarbeitern tarifrechtlich gleichgestellt, die in der Regel nicht mehr als drei fremde Hilfskräfte beschäftigen.

Während man der preussischen Auffassung, daß der krankensicherungsspflichtige Hausgewerbetreibende den Hausarbeitern tarifrechtlich gleichgestellt wird, beitreten kann, ist die Entscheidung des Thüringischen Wirtschaftsministeriums vom 7. Januar 1929 als ungenügend zu betrachten.

Am 5. Dezember 1932 hat das Thüringische Wirtschaftsministerium für die Glasindustrie in Thüringen einen neuen Gleichstellungsbeschluß erlassen, der der preussischen Auffassung und der seit Jahren dort in Übung befindlichen Methode näherkommt, die Gleichstellungsgrenze aber 600 Mark unter der Krankensicherungsgrenze beläßt.

Hier der Wortlaut des Beschlusses:
Thür. Wirtschaftsministerium.
Abt. Handel, Gewerbe, Verkehr und Arbeit.
Gesch.-N. VI D III/32. Weimar, 5. Dez. 1932.
Marienstr. 5.

Auf Grund von § 18 Abs. 2 des Hausarbeitsgesetzes in der Fassung vom 30. Juni 1923 (Reichsgesetzblatt I, S. 472) stellen wir die Hausgewerbetreibenden und Zwischenmeister, die sich mit der Herstellung von Glaswaren befassen und unter die Zuständigkeit des Fachauschusses für die Hausarbeit in der Glasindustrie, Sitz Ilmenau, fallen, gemäß § 18, Abs. 1 a. a. O. den Hausarbeitern gleich.

Die Gleichstellung erstreckt sich jedoch nur auf diejenigen Hausgewerbetreibenden und Zwischenmeister, die den überwiegenden Teil ihres Verdienstes aus ihrer eigenen Arbeit am Stücke beziehen, deren Jahreseinkommen 3000 Mk. nicht übersteigt, und die nach § 162 in Verbindung mit § 165 der Reichsversicherungsordnung krankensicherungsspflichtig sind. Maßgebend für die Gleichstellung ist die jeweils letzte Veranlagung zur Einkommensteuer.

Von diesem Beschluß sind wohl 90 Prozent der in der Heimarbeit der Thüringer Glasindustrie beschäftigten Personen erfasst. Hätte die Thüringer Regierung die Höchstgrenze der Krankensicherungspflicht (3600 Mk.) eingehalten, dann wären alle Hausgewerbetreibenden der Thüringer Glasindustrie den Hausarbeitern tarifrechtlich gleichgestellt.

H. Eiflein.

Verbandsnachrichten.

Neue Adresse für Gau 9.

Kollege Michael Dirchert ist aus der Ganleitung (Gruppe Glas) ausgeschieden. An seine Stelle ist Hans Fischer getreten. Die beiden Ganleitungen (Fabrikarbeiterverband, Adalbert Maier, Gruppe Glas, Hans Fischer) sind nunmehr zusammengelegt. Das Büro befindet sich Nürnberg, Siegelgasse 91, Fernruf Nr. 4 02 51.

Literarisches.

Dr. Max Adler: Lehrbuch der materialistischen Geschichtsauffassung (Soziologie des Marxismus). II. Band: Die statischen und dynamischen Grundbegriffe. 1. Teil: Die statischen Grundbegriffe. 234 Seiten Großoktav. Leinen 4,50 Mk., kartoniert 3 Mk., Dr.-A. 3,50 Mk. - 2. Band: Die dynamischen Grundbegriffe. 2. Teil: Die statischen Grundbegriffe. 234 Seiten Großoktav. Leinen 4,50 Mk., kartoniert 3 Mk., Dr.-A. 3,50 Mk. - 3. Band: Die dynamischen Grundbegriffe. 2. Teil: Die statischen Grundbegriffe. 234 Seiten Großoktav. Leinen 4,50 Mk., kartoniert 3 Mk., Dr.-A. 3,50 Mk. - 4. Band: Die dynamischen Grundbegriffe. 2. Teil: Die statischen Grundbegriffe. 234 Seiten Großoktav. Leinen 4,50 Mk., kartoniert 3 Mk., Dr.-A. 3,50 Mk.